

Allianzen

Internationale Kooperation ist zu einer Frage des Überlebens der Menschheit geworden. Das macht die Energie ihrer nationalistischen Gegner so gefährlich

VON NORBERT FREI

Die Mühseligkeit des anstehenden Machtwechsels von Trump zu Biden hat noch nicht viele politische Hoffnungszeichen hervorgebracht. Umso mehr stechen auch Details ins Auge: So, wenn dem im Westen lange gemiedenen, zeitweise geradezu verpönten Begriff des Internationalismus plötzlich Flügel zu wachsen scheinen. Dass es mit Woodrow Wilson bereits nach dem Ersten Weltkrieg einen amerikanischen Präsidenten gab, der sich dezidiert zu einem liberalen Internationalismus bekannte, geriet in der bipolaren Welt des Kalten Krieges nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend in Vergessenheit. Und wer um 1968 von Internationalismus sprach, stand augenblicklich im Verdacht, Parteigänger der Sowjetunion oder, fast schlimmer noch, ein Anhänger der Neuen Linken zu sein. Das erste Jahrzehnt nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Ost-West-Konflikts brachte dann eine Rückbesinnung auf das 1945 in Nürnberg begründete Völkerstrafrecht, die Menschenrechte und die internationalen Organisationen – kurz: eine Renaissance des Internationalismus, auch wenn der Begriff damals keine Rolle spielte und der Terror von 9/11 die Entwicklung schon wieder bremste, zum Teil gar in ihr Gegenteil verkehrte.

Überzeugte Europäer müssen jetzt der Versuchung des Nationalismus entgegentreten

Das könnte sich nach den vier alptraumhaften Jahren des „America first“ nun ändern. Die Präsidentschaft Joseph R. Bidens, heißt es dieser Tage in der angesehenen Zeitschrift *The Atlantic*, werde zur wohl „letzten und besten Chance des Establishments, zu beweisen, dass die Strategie eines liberalen Internationalismus dem populistischen Nationalismus überlegen ist“. Daran, ob diese Chance genutzt werde, so Thomas Wright von der Washingtoner Denkfabrik Brookings Institution, werde sich entscheiden, ob Bidens Wahl am Ende mehr sein wird als nur ein „Aufschub des Trumpismus“.

Tatsächlich mildert die knappe Abwahl des 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht die politische Spaltung des Landes, deren Ursache ja auch nicht im abstrakten Gegensatz von Nationalismus und Internationalismus zu finden ist. Deshalb, so Wright, müsse Biden beweisen, „dass seine Version des liberalen Internationalismus die wirklichen Sorgen und Ängste der Amerikaner gegenüber der Welt wirksam angeht“.

Was damit als ein Problem der USA beschrieben ist, stellt sich als Aufgabe freilich rund um den Globus, zumal in dem gesellschaftlicher Spaltung und populistischen Herausforderungen kaum weniger geplagten Europa. Eine Politik, die sich ohne Wenn und Aber zur Zusammenarbeit in der Europäischen Union bekennt, trifft inzwischen bekanntlich in den meisten ihrer Mitgliedsländer auf Gegner, die vom „Ausverkauf“, gar vom „Verrat nationaler Interessen“ schwadronieren. Das ist dann oft nur noch einen Atemzug entfernt von hanebüchernen Ge-

schichten über die dunklen Mächte des Kosmopolitismus und die Strategien der internationalen Organisationen, die angeblich die „Völker Europas“ via Brüssel „kulturzerstörend“ in die Zange nehmen.

Wer glaubt, solche antisemitischen und xenophoben Töne würden nur in Ländern angeschlagen, in denen sich, wie jetzt in Ungarn und Polen, Regierungen durch das Rechtsstaatsprinzip der EU behindert fühlen, der höre etwa nach, was Harald Weyel, AfD-Obmann im Europa-ausschuss des Deutschen Bundestags, am Montagvormittag vergangener Woche im Deutschlandfunk zu sagen hatte. Und wenn das nicht reicht, der sehe sich auf YouTube an, wie Weyel das Konzept der EU-Kommission für einen „European Green Deal“ mit Hitlers Vierjahresplan von 1936 vergleicht; allein an diesem Geschwätz des Kölner BWL-Professors haben sich seit September mehr als 25 000 Zuschauer von „AfD TV“ ergötzt. Schon deshalb ist es falsch, dass sich der Bundestag, von der Linken bis zu den Liberalen, zwar lautstark über eine AfD-Fraktion empört, die manierenlose Demokratieverächter ins Reichstagsgebäude schleust, einen Redner wie Weyel aber lediglich ins vermeintlich Leere laufen lässt.

Es ist an der Zeit, dass überzeugte Europäer, gemeinsam mit Vernunftbegabten in aller Welt, dem vielerorts versprühten Nebelgift des Nationalismus mit klaren Argumenten entgegentreten: in ihren jeweiligen Ländern, aber auch in transnationalen Institutionen und Zusammenhängen. Wieso gelingt es zum Beispiel bis heute nicht, jene „Allianz für Multilateralismus“ ordentlich in Schwung – und das heißt gerade auch: ins öffentliche Bewusstsein – zu bringen, zu der die Außenminister Frankreichs und Deutschlands im Frühjahr 2019 als demonstrative Antwort auf Trumps Unilateralismus eingeladen haben? Die Themen, die sich diese lose Allianz auf die Fahnen geschrieben hat, veranschaulichen klar genug, weshalb Zusammenarbeit eine Frage des globalen Überlebens ist: Es geht um Klimawandel, Menschenrechte, Abrüstung, Cyberspace und gleichsam als übergreifendes Prinzip funktionierender zwischenstaatlicher Beziehungen, um „Rule of law“ und „regelmäßige Ordnung“.

Dass die Stärkung der Vereinten Nationen und ihrer Suborganisationen in Zeiten des Populismus als Wert an sich zu betrachten ist, hat, mitten in der Pandemie, Amerikas Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation gezeigt – nicht wegen diskutierbarer Mängel der WHO, sondern weil Trump, wie schon bei der Aufkündigung der Pariser Klimakonvention, seiner Geringschätzung für Wissenschaft und globale Zusammenarbeit Ausdruck geben wollte. Die Erwartungen an einen Präsidenten Biden in all diesen Fragen könnten höher kaum sein.



Norbert Frei ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena und leitet das Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts.

STEINKES ANSICHTEN



Work-Life-Balance

BILD: ULRIKE STEINKE

Stichprobe

Eine allgemeine Impfpflicht gibt es nicht. Doch die Frage ist, wie Ärzte, Pfleger, Menschen in Heimen, Kreuzfahrer und Lehrer sich vor Covid-19 schützen müssen

VON WOLFRAM HENN

Nun steht die Zulassung des ersten Impfstoffs gegen Covid-19 kurz bevor. Angesichts der unvermeidlichen anfänglichen Knappheit wird derzeit die Priorisierung der Zuteilung vorbereitet, insbesondere Hochbetagte in Pflegeeinrichtungen sollen Vorrang haben. Weitere Impfstoff-Hersteller mit großen Produktionskapazitäten werden aber folgen. Nun besteht Grund zum Optimismus, dass sich in einigen Monaten die aktuell diskutierte Frage „Wie gehen wir mit Menschen um, die nicht geimpft werden können, obwohl sie es wollen?“ umkehren wird in „Wie gehen wir mit Menschen um, die nicht geimpft werden wollen, obwohl sie es könnten?“

Im Konsens von Wissenschaft und Politik wurde bereits klargestellt: „Impfungen setzen prinzipiell eine aufgeklärte, freiwillige Zustimmung voraus. Eine undifferenzierte, allgemeine Impfpflicht ist deshalb auszuschließen.“ So heißt es im gemeinsamen Positionspapier der Ständigen Impfkommmission, des Ethikrates und der Leopoldina, unterstützt von der Bundeskanzlerin und mehreren Ministern. Diese Absage an staatlich durchgesetzte Covid-19-Impfungen bedeutet, dass alle jene sich nicht rechtfertigen müssen, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können (dies sind nur wenige), die sich entgegen allen Studien vor der Impfung mehr fürchten als vor der Krankheit, oder die es lebenspraktisch bevorzugen, das Erreichen des Gemeinschaftsschutzes („Herdenimmunität“) dem Engagement anderer zu überlassen. So viel ist unumstritten.

Staaten und auch Reiseveranstalter können Impfnachweise verlangen

Offen ist aber nach wie vor, inwieweit unterhalb der nicht zu betretenden Ebene staatlichen Zwangs für bestimmte, genau definierte Personengruppen oder Lebenslagen Restriktionen gegenüber Nicht-Geimpften zu vertreten oder zu fordern wären. Grundvoraussetzung für Überlegungen dazu ist die Verfügbarkeit nach allem fachlichen Ermessen sicherer Impfstoffe.

Darf oder soll es eine arbeitsvertraglich festgelegte Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen mit hohem Expositions- und Weiterverbreitungsrisiko geben, namentlich für medizinisches Personal etwa in der Intensivmedizin oder in Pflegeeinrichtungen? Ethisch hielt ich es für gut begründbar, wenn Ärztinnen oder Krankenschwestern, die im Rahmen ihrer eigenen freien Berufswahl besondere Verantwortung für Kranke und Schwache übernommen haben, von ihrem Klinikträger abverlangt würde, die ihnen anvertrauten Menschen mit dem geringen Aufwand einer Impfung bestmöglich vor einer Einschleppung des Virus zu schützen. Allerdings könnte eine Ausweitung solcher Risiko-Berufsgruppen, etwa auch auf Personal in Bildungseinrichtungen oder im Verkehrswesen, dann doch zu einer Aushöhlung des „Rechtes auf Nicht-Geimpftwerden“ führen. Auch wenn zweifellos keine Massenflucht vor von Arbeitgebern angeord-

neten Covid-Impfungen zu befürchten ist: Eine berufsspezifische Impfpflicht ließe sich nur innerhalb enger und gesetzlich festzulegender Grenzen vertreten.

Darf oder soll es Zugangsbeschränkungen für Nicht-Geimpfte bei nicht essenziellen Aktivitäten geben, etwa im Tourismus? Ob es uns gefällt oder nicht: Daran werden wir uns gewöhnen müssen. Dass manche Staaten von Einreisenden bestimmte Impfnachweise verlangen, ist nicht neu – man denke an Gelbfieber-Impfungen in einigen tropischen Ländern. Es ist kaum anders vorstellbar, als dass nach der Corona-Krise auch viele weniger exotische Reiseziele ohne Covid-Impfnachweise nicht mehr erreichbar sein werden. Erste Überlegungen in diese Richtung wurden bereits von der finnischen Ministerpräsidentin Sanna Marin geäußert.

Es wird dabei aber nicht nur um Staaten gehen, sondern auch um Reiseveranstalter: Wenn künftig Kreuzfahrt-Passagiere bei der Buchung einen Impfnachweis vorlegen müssten, hielte ich das nicht für einen unerträglichen Eingriff in Grundrechte, sondern für medizinisch sinnvoll, ökonomisch nachvollziehbar und ethisch begründet. Schwieriger – und auch hier dürfte es legislativ zu klärende Abgrenzungsprobleme geben – wäre es, wenn solche Restriktionen auch für andere, regelmäßiger genutzte Verkehrsmittel eingeführt würden. Ich persönlich würde mich in einem Flugzeug wohlfühlen, von dem ich wüsste, dass alle Insassen geimpft sind. Zwischen Aida und Lufthansa sollte es aber doch einen Unterschied geben – ob die australische Airline Qantas mit ihren Einschränkungen ein Einzelfall bleiben wird, bleibt abzuwarten.

Besonders heikel ist die Frage, ob künftig auch Träger von Gemeinschaftseinrichtungen für vulnerable Personengruppen, etwa Altenheimen oder Werkstätten für behinderte Menschen, Impfnachweise verlangen dürften oder gar sollten. Die medizinischen Argumente dafür liegen auf der Hand: Corona-Ausbrüche in Pflegeheimen waren die bislang verheerendsten Ereignisse in der Pandemie, und Besucherverbote soll es nach dem neuen Infektionsschutzgesetz aus guten Gründen nicht mehr geben. Auf der anderen Seite würde ein Quasi-Ausschluss für impfwillige pflegebedürftige Menschen – oder solche mit impfempfindlichen gesetzlichen Betreuern – von der Heimaufnahme einen tiefen Eingriff in deren Lebensgestaltung bedeuten. Bislang war der Gesetzgeber auch restriktiv in anderen Fällen; so ist es Heimbetreibern verboten, vor der Aufnahme die Vorlage einer Patientenverfügung zu verlangen.

Wie viel an Recht auf Unvernunft sollten wir betroffenen Menschen und ihren Betreuern in diesem hochsensiblen Lebensbereich zugestehen, wenn es Covid-Impfstoff für alle geben wird? Zugegeben: Dazu habe ich selbst noch keine abschließende Meinung. Jedenfalls sollten wir die Zeit bis dahin für eine aufgeregte Debatte über diese Fragen nutzen.

Wolfram Henn lehrt als Humangenetiker und Mediziner an der Universität des Saarlandes. Er ist Mitglied des Ethikrates.

Jetzt am Kiosk!



Der große Jahresrückblick 2020.

Die Geschichten des Jahres – von der Redaktion der SZ neu erzählt.

Erhältlich am Kiosk oder unter [sz.de/2020](https://www.sz.de/2020)

Süddeutsche Zeitung